



Die überraschende Idee von Ex-Präsident Donald Trump, dass die USA Gaza übernehmen und fast zwei Millionen Palästinenser vertreiben sollten, ließ selbst hochrangige Beamte im Weißen Haus fassungslos zurück. Während weltweit Alarm ausgelöst wurde, versuchten Spitzenvertreter seiner Regierung, Trumps Vorschlag abzuschwächen.

Mehrere Trump-Berater gingen davon aus, dass sein Plan einer „langfristigen Kontrolle“ stillschweigend aufgegeben wird, sobald Trump selbst die Unmöglichkeit des Vorhabens erkennt. Bereits am Nachmittag deutete sich dieser Rückzieher an: Karoline Leavitt, die Pressesprecherin des Weißen Hauses, bemühte sich, Trumps Haltung zur Umsiedlung der Palästinenser und zum Einsatz von US-Truppen zu entschärfen.

Außenminister Marco Rubio erklärte, Trump habe lediglich vorgeschlagen, Gaza zu räumen und wieder aufzubauen – nicht zu übernehmen. Steve Witkoff, Sondergesandter für den Nahen Osten, sagte hinter verschlossenen Türen vor republikanischen Senatoren aus, dass Trump „weder US-Truppen vor Ort einsetzen noch einen einzigen US-Dollar für Gaza ausgeben“ wolle.

Insider berichteten, dass die Regierung nicht einmal grundlegende Überprüfungen durchgeführt hatte, ob der Vorschlag überhaupt umsetzbar sei. Israels Premierminister Benjamin Netanjahu erfuhr erst kurz vor seiner gemeinsamen Pressekonferenz mit Trump am Dienstag von der Idee. Einige Experten mutmaßten, der Plan sei derart unrealistisch, dass es sich um eine reine Verhandlungstaktik handeln müsse.

Reaktionen

Trumps Vorschlag stieß auf sofortige Ablehnung in der arabischen Welt, einschließlich Saudi-Arabiens, einem wichtigen US-Verbündeten. Gleichzeitig feierten viele ultrarechte Israelis und einige pro-israelische Amerikaner den Vorstoß. In Gaza herrschten Fassungslosigkeit und Empörung.

Die größten Hindernisse

Trumps Vision, Gaza in die „Riviera des Nahen Ostens“ zu verwandeln, wäre nicht nur extrem zeitaufwendig, sondern auch enorm teuer. Experten warnten zudem, dass sein Plan gegen internationales Recht verstoßen würde.



Tausende Tote bei Kämpfen in der Demokratischen Republik Kongo

In der Stadt Goma, im Osten der Demokratischen Republik Kongo, steht die Bevölkerung vor massenhaften Bestattungen. Ein Beamter des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz sprach von einer humanitären Katastrophe. Nach UN-Schätzungen starben allein in der vergangenen Woche fast 3.000 Menschen in Kämpfen zwischen einer Rebbellengruppe und der kongolesischen Armee.

„Diese Zahl wird wahrscheinlich weiter steigen“, erklärte Vivian van de Perre, die stellvertretende Leiterin der UN-Friedensmission im Kongo, gegenüber einem Reporter. Mehr als 700.000 Menschen sind auf der Flucht.

Familien und Helfer bemühen sich fieberhaft, die Toten zu bestatten. Die Leichenhallen der Stadt, die zwei Millionen Menschen beheimatet, sind überfüllt. Arbeiter haben bereits begonnen, lange Gräben für die Beerdigungen auszuheben.

Schweden trauert: Elf Tote bei Amoklauf in Örebro

In Örebro, einer schwedischen Universitätsstadt mit 160.000 Einwohnern, trauert die Gemeinschaft um mindestens elf Menschen, die bei einem Amoklauf in einem Bildungszentrum ums Leben kamen. Die Stadt, die in den letzten Jahren zum Zuhause von Migranten aus 165 Ländern wurde, steht unter Schock.

„Es war meine Schule“

Shams Ulqamar Andesh, ein Migrant aus Afghanistan, besuchte gemeinsam mit seiner Frau Kurse in der Einrichtung. „Die Menschen, die hier gestern starben – sie hatten Träume. Sie wollten Ärzte, Krankenschwestern, Ingenieure oder Handwerker werden“, sagte er. „Es war meine Schule.“



WEITERE WICHTIGE NACHRICHTEN

Islam: Nach dem Tod von Aga Khan IV. übernimmt sein Sohn, Prinz Rahim al-Hussaini, die spirituelle Führung der Ismailiten weltweit.

Frankreich: Die Regierung überstand ein Misstrauensvotum im Parlament – der Weg für die endgültige Verabschiedung des Haushaltsplans 2025 ist frei.

EU: Die Tesla-Verkäufe in Europa gehen zurück. Experten sehen unter anderem Elon Musks politische Einmischung als möglichen Grund.

Argentinien: Präsident Javier Milei kündigte an, das Land aus der Weltgesundheitsorganisation (WHO) zurückzuziehen – ähnlich wie es Donald Trump plant.

Belgien: In Brüssel läuft eine Großfahndung nach zwei maskierten Schützen, die vor einer U-Bahn-Station das Feuer eröffneten. Verletzte gab es keine.

Von C. Hatty